

Antrag 65/I/2020**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Lehrkräftemangel? – Mehr Kreativität wagen**

1 Zur Zeit fehlen über 1.000 Lehrkräfte in Berlin, bis 2026
 2 werden es 10.000 Lehrkräfte sein. Die nüchterne Betrachtung
 3 dieser Zahlen ist so alarmierend wie erschreckend.
 4 Sie sind das Resultat einer Lehrkräfteausbildung, die nicht
 5 über dem Bedarf, sondern unter dem Bedarf ausbildet.
 6 Aufgrund dieser Situation bedarf es einer kritischen Analyse
 7 der Ursachen, die zu dieser Situation geführt haben.
 8 Dennoch müssen wir gleichzeitig Wir müssen kreative,
 9 gute und schnelle Wege finden, um den Lehrkräftemangel
 10 entgegenzuwirken.

11

12 Who is Who and What is What?

13 In der Debatte zum Lehrer*innenmangel ist es wichtig,
 14 zwischen verschiedenen Arten des Berufseinstiegs als
 15 Lehrkraft zu unterscheiden. Neben der klassischen Lehrer*innen-
 16 ausbildung mit Studium und Referendariat wird
 17 zwischen dem Quer-, Seiten- und Direkteinstieg unter-
 18 schieden.

19 Quereinsteiger*innen haben ein Studium absolviert, welches
 20 äquivalent zu einem „Lehramtsstudium“ verläuft, jedoch ohne
 21 Lehramtsoption und den damit verbundenen didaktischen und
 22 pädagogischen Inhalten. Das heißt fachlich sind Quereinsteiger*innen
 23 genauso qualifiziert wie Absolvent*innen eines Studiums mit
 24 Lehramtsoption. Die didaktischen und pädagogischen Inhalte
 25 und Fähigkeiten sollen dann im Referendariat erworben werden.
 26 Nach einem erfolgreichen 2. Staatsexamen sind sie dann den
 27 Kolleg*innen gleichgestellt.

29 Seiteneinsteiger*innen hingegen arbeiten als Lehrkraft
 30 ohne Referendariat, bilden sich aber berufs begleitend weiter.
 31 Sie durchlaufen weder das übliche Studium noch das Referendariat,
 32 d.h. sie werden ohne Vorbereitungsdienst eingestellt. Sie haben
 33 aber in der Regel ein Studium abgeschlossen, welches allerdings
 34 nicht als äquivalent zu einem „Lehramtsstudium“ angesehen wird.

36 Direkteinsteiger*innen arbeiten ohne zweites Staatsexamen,
 37 ohne formale Qualifikation und z.T. ohne abgeschlossenem
 38 Studium. Sie durchlaufen also kein Referendariat und keine
 39 Weiterbildung und steigen direkt ein. Typische Tätigkeiten sind:
 40 Vertretung einzelner Stunden, Betreuung von Hausaufgaben und
 41 zeitlich begrenzte Vertretungen von Lehrkräften. Während
 42 Seiteneinsteiger*innen und Quereinsteiger*innen meist unbefristet
 43 eingestellt werden, werden Direkteinsteiger*innen nur befristet
 44 eingestellt.

46

47 **Quereinstieg: Weiter entwickeln, weiterbilden, weiter-****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: FA V - Stadt des Wissens (Konsens)**

48 **machen!**

49 Ein Drittel der eingestellten Lehrkräfte im vergangenen
50 Jahr waren Quereinsteiger*innen. Für viele Lehrkräfte vor
51 Ort sind gerade Quereinsteiger*innen eine willkomme-
52 ne Hilfe, da sie die fachliche Qualifikation mit sich brin-
53 gen. Auch in naher Zukunft werden Quereinsteiger*in-
54 nen weiterhin eine wichtige und notwendige Stütze dar-
55 stellen, um den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten. Auf-
56 fällig ist dabei, dass besonders viele Quereinsteiger*in-
57 nen in Grundschulen eingesetzt werden. Jedoch sind ge-
58 rade an Grundschulen die didaktischen, pädagogischen
59 und methodischen Kompetenzen von hoher Bedeutung,
60 die aber normalerweise im Rahmen eines Lehramtsstudi-
61 ums bzw. dem anschließenden Referendariat vermittelt
62 werden. Deshalb müssen viele Quereinsteiger*innen die-
63 se Lücken nebenbei und während des Schulbetriebs fül-
64 len. Das sorgt dafür, dass sich manche überfordert und al-
65 leine gelassen fühlen. Dies verursacht nicht nur Stress und
66 Frust und kann im Zweifel dazu führen, dass man nicht
67 mit Spaß und aus Überzeugung diesen Beruf ausübt und
68 schneller anfällig für Krankheiten wird. Betroffen sind da-
69 von auch und vor allem diejenigen Schüler*innen, die gute
70 Lehrkräfte besonders benötigen. Gerade Kinder mit nied-
71 rigem sozioökonomischem Status werden so benachtei-
72 ligt. Daher ist es erschreckend, dass Quereinsteiger*innen
73 überproportional häufig an Schulen mit einem hohen An-
74 teil an finanziell benachteiligten Kindern arbeiten.

75

76 Zudem gibt es immer weniger Lehrkräfteausbilder*innen
77 und die Programme sind meist auf Laufbahnlehrkräfte ab-
78 gestimmt und nicht für die Bedürfnisse von Quereinstei-
79 ger*innen.

80

81 Aus diesen Gründen sind eine Reihe von Maßnahmen nö-
82 tigt, um Quereinsteiger*innen einerseits zu entlasten und
83 den Prozess in den Arbeitseinstieg zu professionalisieren
84 und qualitativ zu verbessern.

85

86 **Deshalb fordern wir die Senatsverwaltung für Bildung, Ju-**
87 **gend und Familie und somit die Bildungssenatorin auf, zu-**
88 **geschnittene Weiterbildungskurse für Quereinsteiger*in-**
89 **nen zu entwickeln. Zudem müssen verpflichtende Fort-**
90 **und Weiterbildungskurse konstant angeboten werden,**
91 **um einen qualitativ hochwertigen Unterricht gewährleis-**
92 **ten zu können. So sollten wo notwendig pensionierte Leh-**
93 **rer*innen durch bspw. finanzielle Anreize hinzugezogen**
94 **werden können, um diese anbieten zu können.**

95

96 **Zudem fordern wir die Mitglieder des Abgeordnetenhaus-**
97 **es auf, Lehrkräfteausbilder*innen zu stärken und ein An-**
98 **reizsystem zur Verpflichtung zu entwickeln. Denn es gibt**
99 **auch einen Ausbilder*innenmangel. Hier soll ein profes-**
100 **sionsübergreifendes Angebot für Seminarleitungen ge-**

101 **prüft werden.**

102

103 **Des Weiteren fordern wir, dass sich die SPD Minister*innen in der KMK (Kultusministerkonferenz) für einheitliche bundesweite Standards einsetzen. Zurzeit variiert die Länge und der Inhalt der Weiterbildungskurse je nach Bundesland, was zur allgemeine Verwirrung beiträgt und zu einer Konkurrenzsituation zwischen den Bundesländern führt.**

110

111 **Seiteneinstieg ist kein „Zweite-Klasse-Einstieg“!**

112 Ein weiteres Drittel setzt sich aus Seiteneinsteiger*innen zusammen. Die Definition des Seiten- und Quereinstiegs variiert dabei nach Bundesland. Es muss sich nämlich um ein äquivalentes Studienfach handeln, um sich als Quereinsteiger*in bewerben zu können. Das heißt, wenn man Geschichte studiert hat, kann man auch Geschichtslehrer*in werden und das Referendariat absolvieren. Hat man jedoch Kunstgeschichte studiert, wird man als Seiteneinsteiger*in eingestuft und die Möglichkeit des Referendariats ergibt sich nicht. Damit werden der potentiellen Lehrkraft jedoch wichtige Möglichkeiten der pädagogischen und didaktischen Weiterentwicklung vorenthalten.

124

125 **Deshalb gilt es auch hier, einheitliche Standards zu schaffen. Seiteneinsteiger*innen müssen gefördert werden und Möglichkeiten der Weiterbildung wahrnehmen können, die gezielt auf deren Bedürfnisse zugeschnitten sind. Der Seiteneinstieg ist in der jetzigen Situation für viele Schulen eine Chance, die entstandenen Personallücken kurzfristig zu schließen. Das geschieht leider sehr oft zu Lasten der Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung/ Seiteneinsteiger*innen. Wir setzen uns für berufsbegleitende Qualifizierungsangebote ein, die irgendwann zur vollen Anerkennung als Lehrer*in führen.**

136

137 **Konkret fordern wir deshalb, dass Seiteneinsteiger*innen unter bestimmten Voraussetzungen eine Zulassung zum Referendariat erteilt werden soll. Dies soll für das gesamte Bundesgebiet gelten.**

141

142 **Des Weiteren sollen Seiteneinsteiger*innen nach einer gewissen Anzahl an besuchten Weiterbildungskursen und Dienstjahre der Weg zum Referendariat ermöglicht werden. Wer sich weiterqualifizieren will, schadet damit weder dem Berufsethos noch den Schulen. Es ist vielmehr eine Bereicherung für die Schüler*innen und die Unterrichtsqualität.**

149

150 **Direkteinstieg: Gemeinsam. Partizipieren. Lernen.**

151 Direkteinsteiger*innen werden meist als Springer*innen, also Vertretungslehrer*innen, eingesetzt. Jedoch übernehmen in Berlin auch immer mehr Direkteinsteiger*in-

154 nen weitergehende Aufgaben. Dabei bleibt ihnen meist
155 der Weg zu Weiterbildungsprogrammen verwehrt. Die Ar-
156 gumentation: durch die befristeten Arbeitsverträge wür-
157 den sie sich nur für kurze Zeit an den Schulen aufhalten
158 und müssten deshalb auch nicht weitergebildet werden.
159 Diese Annahme teilen wir nicht. Zum einen sollte quali-
160 tativer Unterricht nicht nur für Regelstunden gelten, son-
161 dern auch für Vertretungsstunden. Dafür bedarf es Wei-
162 terbildungen, um das didaktische Handwerkszeug zu er-
163 lernen und weiterzuentwickeln. Zum anderen sollte jede
164 Person das Recht auf Bildung und somit auch Weiterbil-
165 dung nach deren Niveau und Ansprüchen nicht verwehrt
166 bleiben. Das gilt auch für Lehrende. Die zudem meist län-
167 ger als ein Schuljahr an den Schulen eingesetzt werden.

168

169 Des Weiteren sollten Direkteinsteiger*innen verpflichten-
170 de Zeit zum Hospitieren erhalten. Denn bei ausgebilde-
171 ten Lehrkräften den Unterricht zu begleiten kann vielen
172 Direkteinsteiger*innen weiterhelfen um das Gesehene in
173 ihrem Unterricht anzuwenden. Das Unterrichtsmanage-
174 ment sowie die Unterrichtsqualität kann verbessert bzw.
175 gesteigert werden. Hinzu kommt, dass die Direkteinstei-
176 ger*innen dadurch engeren Kontakt mit ihren Kolleg*in-
177 nen bekommen und somit inklusiv am Schulgeschehen
178 teilhaben und die Gefahr der Ausgrenzung und der Her-
179 abwürdigung minimiert werden können.

180

181 **Wir fordern also die Senatsverwaltung für Bildung, Ju-**
182 **gend und Familie auf, dass Direkteinsteiger*innen ver-**
183 **pflichtende Hospitation erhalten, sowie der Zugang zu**
184 **Weiterbildungen ermöglicht, erleichtert und gezielt ge-**
185 **fördert wird. Dabei sollten die Weiterbildungsprogramme**
186 **gezielt auf Direkteinsteiger*innen zugeschnitten und zu-**
187 **sätzlich durch Crashkurse ergänzt werden.**

188

189 **Referendariat: Geht nicht, gibt's nicht!**

190 In Berlin werden pro Jahr ca. 700 Referendar*innen ein-
191 gestellt. Ihr Gehalt beträgt zur Zeit ca 1.500 € brutto pro
192 Monat. Hierbei darf eine Arbeitszeit von zehn Stunden pro
193 Woche nicht überschritten werden. Es finden zwei Einstel-
194 lungstermine im Jahr für das Referendariat in Berlin statt.

195

196 Diese aktuellen Regelungen ermöglichen es Referendarin-
197 nen nicht, ihr Referendariat nach ihren individuellen Be-
198 dürfnissen auszurichten. Aufgrund der festen Stunden-
199 anzahl und der damit verbundenen Gehaltshöchstgren-
200 ze arbeiten viele Referendarinnen, insbesondere in Städ-
201 ten wie Berlin, in einem Zweitjob, was zu einer erhöh-
202 ten Belastung führt. Gleichzeitig wird den Referendarin-
203 nen die Möglichkeit verwehrt, weitere Erfahrungen über
204 ihre Pflichtleistung hinaus in Schulen zu sammeln. Eben-
205 so sollen Referendarinnen nicht gezwungen werden kön-
206 nen, mehr Stunden als die vorgeschriebenen zu leisten.

207 Das Referendariat ist für die Studierenden möglichst fle-
208 xibel zu gestalten, sodass sie es nach ihren individuellen
209 Wünschen und Bedürfnissen anpassen können. Die gel-
210 tenden Restriktionen sind daher abzuschaffen.

211

212 Zudem wächst die Frustration, trotz eines abgeschlos-
213 senen lehramtsbezogenen Masters weniger zu verdie-
214 nen als ein*e Seiteneinsteiger*in oder Masterstudierende,
215 welche nebenbei an einer Schule unterrichten. Das sorgt
216 schnell für Unverständnis, statt Anreize zu schaffen, mit
217 Lehramtsoption zu studieren und anschließend ins Refe-
218 rendariat zu gehen. Es kann sogar soweit führen, dass das
219 Referendariat hinausgezögert wird um als Masterabsol-
220 vent*in in einer vollen Stelle zu arbeiten. Damit wird dann
221 u.a. der Lehrkräfteausbilder*innenmangel weiter voran-
222 getrieben. Denn wo keine ausgebildete Lehrkraft, da auch
223 kein*e potenzielle*r Lehrkräfteausbilder*in.

224

225 Des Weiteren werden nur zweimal jährlich Referendar*in-
226 nen eingestellt. Dabei variieren die Einstellungsfristen
227 von Bundesland zu Bundesland sehr stark. So wie in Hes-
228 sen, welche 12-mal im Jahr Referendar*innen einstellen,
229 muss auch Berlin hier flexibler werden, um auf die Bedürf-
230 nisse der Studierenden und Referendar*innen einzugehen
231 und attraktiv als Referendariatsstandort zu werden.

232

233 Aus den genannten Ausführungen resultieren drei Forde-
234 rungen an das Abgeordnetenhaus, den Senat und die Se-
235 natsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie:

236

237 **Erstens setzen wir uns dafür ein, dass die Bezüge im Refe-**
238 **rendariat zum Leben in Berlin ausreichen und eine Teilhabe-**
239 **ander Gesellschaft ermöglichen. Die Höhe der Bezüge darf**
240 **dabei nie geringer ausfallen als die durchschnittlichen**
241 **Lebenshaltungskosten. Im Gegenteil: wir fordern, dass**
242 **das Land Berlin mittelfristig die höchsten Bezüge im bun-**
243 **desweiten Vergleich ausahlt.**

244

245 **Zweitens sollte die Möglichkeit bestehen, dass Referen-**
246 **darinnen bis zu sechs Stunden mehr arbeiten kön-**
247 **nen, sollte dies von den Referendar*innen gewünscht sein.**

248 **Dabei erkennen wir, dass das Referendariat dafür da-**
249 **ist, um Gelerntes zu reflektieren, Unterrichtsinhalte zu er-**
250 **und verarbeiten sowie Handlungsstrategien und Arbeits-**
251 **weisen erarbeiten bzw. weiterzuentwickeln. Es muss**
252 **festgestellt werden, dass momentan diese Zeit bei vielen**
253 **in die Ausübung eines Nebenjobs fließt, was sich mehr als**
254 **kontraproduktiv auswirkt. Es sollte jeder Person freiste-**
255 **hen, wie viel Zeit Sie hierfür in Anspruch nimmt und wie-**
256 **hoch die individuelle Belastungsgrenze ist.**

257

258 **Drittens fordern wir, dass die Einstellungsfristen flexi-**
259 **bler gestaltet werden und Referendar*innen einmal im**

260 **Monat angestellt werden können. Bachelor: Theoretisch**
261 **denken, mit Praxis handeln!**

262 Wir sprechen uns für mehr Praxisbezug und mehr didak-
263 tische Inhalte während des Bachelorstudiums aus. Denn
264 die Studierenden müssen bereits zu Anfang des Studi-
265 ums erfahren, worauf sie sich einlassen und was das spä-
266 tere Berufsbild konkret bedeutet. Um so frühzeitig und
267 differenziert entscheiden zu können, ob dieses Berufsbild
268 mit Ihren eigenen Vorstellungen übereinstimmt und ob
269 sie die Lehramtsoption ziehen. Im Master, welcher deut-
270 lich praxisorientierter ist, kommt eine solche Entschei-
271 dung für viele zu spät. Zurzeit findet gerade einmal ein 90-
272 stündiges Beobachtungspraktikum während des Bache-
273 lorstudiengangs statt. Das ist zu wenig. Denn viele Stu-
274 dierende, welche mit einer klaren Vorstellung und Hoff-
275 nung in das Studium starten, auf das Lehramt vorbereitet
276 zu werden, sind bis zum Bachelorabschluss frustriert und
277 enttäuscht. Die Sinnhaftigkeit des sehr theoretisch aufge-
278 bauten Bachelorstudiengangs erschließt sich hier für viele
279 Studierende nicht.

280

281 Ein Blick nach Finnland ist dabei sehr hilfreich. Dort fin-
282 den mit dem Beginn des ersten Semesters verpflichten-
283 de Praxisstunden an einer Schule statt. Dort wird Theo-
284 rie und Praxis zusammengedacht. Dabei profitieren bei-
285 de Seiten. Die Studierenden, welche ihr theoretisch Erlern-
286 tes in der Praxis vertiefen und anwenden können und die
287 Schulen, welche damit nah an den wissenschaftlichen Er-
288 kenntnissen sind und neue Impulse durch die Studieren-
289 den erhalten. Der Transfer von der Wissenschaft in die Pra-
290 xis könnte so besser gelingen. Auch die Universitäten und
291 die Schüler*innen würden von einem engeren Austausch
292 zwischen den Akteur*innen profitieren. Zudem können
293 die Schulen weiter entlastet werden, da die Studierenden
294 auch Unterrichtseinheiten (mit)-übernehmen können.

295

296 Außerdem muss in den Studienverlaufsplänen eine stär-
297 kere Gewichtung zugunsten der Lehramtsbezogenen Be-
298 rufswissenschaften (LBW) oder auch "Pädagogik, Psycho-
299 logie, Soziologie und Fachdidaktik" stattfinden. Der jetzi-
300 ge Anteil ist zu gering, die Einblicke zu oberflächlich. Denn
301 von einem 180 Leistungspunkte Studiengang im Kombi-
302 Bachelor mit Lehramtsoption machen nur 30 Leistungs-
303 punkte LBW aus. Das ist erschreckend wenig, und es reicht
304 nicht, um sich eine fundierte Meinung zu bilden, die Lehr-
305 amtsoption nach dem Bachelor zu ziehen oder nicht.

306

307 **Konkret heißt das, dass wir eine Reform der Studien-**
308 **verlaufspläne und des Lehrkräftebildungsgesetzes (LBiG)**
309 **fordern, inklusive mehr Gelder für Lehrstuhlstellen und**
310 **Räumlichkeiten in dem Bereich der Lehramtsbezogenen**
311 **Berufswissenschaft und Fachdidaktik (LBW).**

312

313 **Zudem fordern wir, dass die Studiengänge mit Lehramts-**
314 **option, ähnlich wie in Finnland praktiziert, stärker pra-**
315 **xisorientiert strukturiert werden und ein konstanter An-**
316 **teil an bezahlten Praxisstunden an den Berliner Schulen in**
317 **den Studienverlaufsplänen integriert wird. Dabei muss si-**
318 **chergestellt werden, dass die Praxisstunden nicht genutzt**
319 **werden dürfen, um Lehrer*innen zu ersetzen, insbesonde-**
320 **re sollen die Bachelorstudierende keine Berücksichtigung**
321 **bei der Lehrkräftezumessung finden.**

322

323 **Wir fordern eine Informationskampagne für Bachelor-**
324 **studierende mit Lehramtsoption. Worin die bestehenden**
325 **Möglichkeiten, an einer Schule zu arbeiten, beworben**
326 **werden sollen und eine zentrale Seite mit den Stellenaus-**
327 **schreibungen für Bachelor- und Masterstudierende ein-**
328 **gerichtet wird.**

329

330 **Master mit Entlastung und Feinschliff zum Erfolg**

331 Das Praxissemester im Masterstudiengang ist gespickt
332 mit zahlreichen Mängeln. Der erste Punkt ist, dass das Pra-
333 xissemester relativ spät angesetzt ist. Es findet im dritten
334 Semester, also ein Semester vor der planmäßigen Master-
335 arbeit statt. Zu spät rein organisatorisch und viel zu spät
336 als zweite reguläre Praxiserfahrung während der Studie-
337 rendenlaufbahn.

338

339 Des Weiteren ist die Verteilung der Studierenden an die
340 jeweiligen Schulen sehr fragwürdig. So müssen viele ei-
341 nen Weg von über einer Stunde Fahrzeit einplanen, um
342 die ihnen zugeteilte Schule zu erreichen. Hinzu kommt,
343 dass die Seminarstunden, welche praxisbegleitend statt-
344 finden, an der jeweiligen Universität stattfinden, was ei-
345 nen enormen Zeitaufwand für jede*n Studierende*n be-
346 deutet.

347

348 Zudem ist das Praxissemester komplett unentgeltlich,
349 was eine enorme Ungerechtigkeit und finanzielle Proble-
350 matik bei den Studierenden hervorruft. Da zur Zeit in Ber-
351 lin ca. 75% der Studierenden neben dem Studium arbei-
352 ten müssen, um in dieser Stadt (über-) leben zu können,
353 bedeutet das im Zweifel große Verdienstaufschläge während
354 des Semesters. Da dreimal die Woche die Schule besucht
355 wird und Seminarbegleitungen zudem erfolgen, bleibt
356 keine Zeit um einen Nebenjob voll auszufüllen.

357

358 Wir Jusos begrüßen zudem den Quereinstiegsmaster, wel-
359 cher an der HU eingeführt wurde. Studierende auch oh-
360 ne einem Bachelor mit Lehramtsoption die Möglichkeit zu
361 verschaffen den Master of Education zu absolvieren ist an-
362 gesichts der jetzigen Situation begrüßenswert. Doch be-
363 grenzt sich dieser Quereinstiegsmaster zur Zeit nur auf
364 Deutsch, Mathematik und Sachunterricht an einer Grund-
365 schule. Hier sollte auch eine Option geschaffen werden,

366 einen Master of Education für den SEK II zu absolvieren.
367
368 **Wir fordern also, dass sich die SPD Mitglieder im Abgeord-**
369 **netenhaus und in der Senatsverwaltung dafür einsetzen,**
370 **dass Studierende während des Praxissemesters tariflich**
371 **bezahlt werden, um so das Praxissemester und die damit**
372 **verbundenen Erfahrungen zu genießen, anstatt unter fi-**
373 **nanziellem Druck dieses ausfüllen zu müssen.**
374
375 **Zudem fordern wir, dass das Lehrkräftebildungsgesetz da-**
376 **hingehend abgeändert wird, dass begleitende Praxisstun-**
377 **den an den Schulen in den Studienverlaufsplan integriert**
378 **wird, damit so, ähnlich wie im Bachelor, Theorie und Pra-**
379 **xis Hand in Hand gehen können.**
380
381 **Zum Schluss fordern wir, dass sich die SPD Mitglieder im**
382 **Abgeordnetenhaus und in der Senatsverwaltung dafür**
383 **einsetzen, dass ein Quereinstiegsmaster an allen Univer-**
384 **sitäten in Berlin angeboten werden und zudem auch die**
385 **Möglichkeit geprüft und Studienverlaufspläne entwickelt**
386 **werden, dass Studierende einen Quereinstiegsmaster auf**
387 **SEK II machen können.**
388